

Zur Volksabstimmung über Zwentendorf:
BITTERER LORBEER

Das Ergebnis ist trotz seiner Knappheit eine Sensation, mit der kaum jemand ernsthaft gerechnet hat - "unverbesserliche Optimisten" ausgenommen. Es grenzt an ein Wunder, das es aber bekanntlich nicht gibt. Der Sieg der AKW-Gegner hat seine guten und seine schlechten Gründe. Wir müssen diese wie jene ins Auge fassen, wollen wir nicht mit politischer Blindheit geschlagen der Zukunft entgegenblicken.

Zuerst zu den guten Gründen: in der kurzen Zeitspanne seit Bekanntwerden des Kreisky-Entschlusses, die Frage der Inbetriebnahme des AKWs in Zwentendorf durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen, hat sich die anfangs eher schmale Basis der AKW-Gegner zu einer wirklichen Volksbewegung entfaltet, die sich aus allen Schichten, Alters- und Interessengruppen der Bevölkerung rekrutierte. Verglichen mit den Mitteln der Elektrizitätswirtschaft und der diversen Pro-Zwentendorf-Komitees waren die Ressourcen dieser Anti-AKW-Front minimal. Höchst bewundernswerter persönlicher Einsatz von vielen Tausenden Aktivisten sollte das Manko dennoch wettmachen.

Die Agitation setzte fast beim Nullpunkt des Informations- und Wissensstandes der Mehrzahl der Bevölkerung ein, stieß aber von Anfang an auf politisch reges Interesse. Einige zentrale, gut ausgewählte und eindringliche formulierte Gegen-Argumente erwiesen sich wirksamer als die mit großem Aufwand betriebene langatmige, pseudowissenschaftliche Waschmittelreklame-Kampagne der Befürworter.

Trotzdem - und hier soll wahrlich niemandes Engagement und Verdienst verniedlicht werden -, trotzdem hätte alle Anstrengung nicht zum knappen Nein gereicht, wenn nicht aus der Sachdiskussion eine partei- und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung gemacht worden wäre.

Hier kommen wir zum Haupt- und "schlechten" Grund für das positive Ergebnis vom 5. November. Denn das JA oder NEIN zu Zwentendorf wurde von ÖVP/FPÖ auf der einen, von ÖGB/SPÖ auf der anderen Seite in vorgezogene Nationalratswahlen "umfunk-

tioniert". Die Schuld liegt keineswegs bei der blanken Demagogie der ÖVP, auch Benya hat alles dazu Nötige getan, nicht zu reden von einem Kreisky, der in der letzten Phase der Kampagne sich genauso gab, wie ihn seine magischen 5 bis 6 Prozent liberaler Wähler gewiß nicht haben wollen. Daß er sein eigenes Gewicht als Bundeskanzler zum Schluß auch noch in die Waagschale pro Zwentendorf warf, das war wohl der unglücklichste Schachzug seiner politischen Karriere. Er hat damit sicherlich jene ÖVP-JA-Stimmen für Zwentendorf verloren, die sonst die paar Zehntel Prozent zugunsten Zwentendorf gebracht hätten.

Dieser Sieg der ökologischen und in einem gewissen Sinn auchökonomischen Vernunft wurde so zwangsläufig zu einer politischen Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung. ÖVP und FPÖ - obwohl hinter ihnen die Paten von der Wirtschaft momentan toben mögen - jubilieren und wittern Morgenluft. Der ÖVP-FPÖ-Bürgerblock ist kein Gespenst mehr, er wurde am 5. Nov. zu einer bedrohlichen realen Möglichkeit. Wer also unter den AKW-Gegnern sich als links verstand; - wenn auch kritisch, doch mit allen über Zwentendorf hinausgehenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Arbeiterbewegung verbunden ist -, der muß seit dem 5. November dieser Entwicklung mit allem Ernst Rechnung tragen. Unsere zentrale Parole von heute an müßte lauten: Kampf dem ÖVP/FPÖ-Bürgerblock! Das NEIN zu Zwentendorf ist kein JA zur einer ÖVP-FPÖ-Regierung gewesen!

Das fiel dann umso leichter und hätte allen Anspruch auf Glaubwürdigkeit, wenn diese Einsicht und die daraus resultierenden Konsequenzen einen wichtigen Punkt mit einschließen würden: die kritisch-selbstkritische Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung aus linker, aus sozialistischer Sicht, zumal das gesteckte Ziel erreicht ist und mit einer solchen Kritik kein Mißbrauch getrieben werden kann.

(Siehe dazu erste lesenswerte Ansätze in der SOAK, Oktober 1978.)

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: mich bewegt hier nicht die Sorge um die SPÖ(-Regierung) direkt, sondern jene Interessen und Erwartungen der österreichischen Arbeiterschaft, die derzeit an sie geknüpft werden.

VOLKSABSTIMMUNG: Wer hat hier gewonnen?

Wer hat sich da verrechnet?

Es dürfte tatsächlich die Anti-AKW-Bewegung gewonnen haben, der es vor allem in Wien gelungen ist, der Demagogie Benyas und dem Erpressungsversuch Kreiskys zu begegnen.

Trotzdem muß uns eines klar sein:

Die nächste Volksabstimmung -oder den nächsten entscheidenden Kampf- werden wir ohne -oder genauer GEGEN- die ÖVP führen müssen, die sich gewaltig verrechnet hat. Die Stimmen, die sie von der SPÖ geholt hat, (und die sie sich bei der Nationalratswahl erst holen wird müssen) hat ihr -zumindest auf ein Jahr- die Inbetriebnahme gekostet. Und wer sich die Verfilzung der ÖVP in der Energiewirtschaft (siehe Landes elektrizitätsgesellschaften) anschaut, dem ist klar, daß das NEIN auch ein gewaltiger Schlag für die ÖVP ist.

Für uns müßte die Volksabstimmung folgende Konsequenzen haben:

Die Anti-AKW-Bewegung muß weiterlaufen, wir müssen mehr als bis jetzt -schließlich haben wir die Schützenhilfe der Rechten (natürlich "kri-tisch reflektierend" aber doch) angenommen- die politischen Hintergründe der Atomkraft aufzeigen.

(Daß uns das bis jetzt nicht ausreichend gelungen ist, zeigt sich daran, daß es doch noch Genossen in der FÖJ-BfS gibt, die heute noch mit PHYSIKALISCH-TECHNISCHEN Gründen für die Atomkraft plädieren, während die Genossen, die aus politischen Gründen anfangs der Anti-AKW-Bewegung skeptisch gegenübergestanden sind, sich überwiegend eben aus politischen Gründen zu einem Nein entschlossen haben.

Entscheidend für den weiteren Kampf dürfte es sein, wie sehr es uns gelingen wird, das Meinungsmonopol der ÖGB-Führung zu brechen, und das sollte bedeuten, daß wir die kommenden Arbeiterkammerwahl etwas 'mitgestalten' sollten.

Inwieweit, über die BfS hinausgehende Gruppen der Anti-AKW-Bewegung die "Gewerkschaftliche Einheit" unterstützt, wird sicher auch von der Haltung der GE zu den Atomkraftwerken abhängen.

Kurt Winterstein

ACHTUNG TERMINÄNDERUNG: Die Delegiertenkonferenz der IÖAG findet (nicht wie angekündigt am 17. und 18. sondern) AM 18. und 19. November statt. (siehe beigeheftetes "Initiativ")